Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannesgasse 8.

Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstraße 1. Louis Lösche, Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.

Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 50 Mk. mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf. Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 356. Mittwoch den 22. December 1886. 80. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Die Inhaber der als verloren, vernichtet oder sonst als abhanden gekommen angezeigten Pfandscheine Lit. T. Nr. 88223, Lit. U. Nr. 14985 14986 14987 14988 14989 14990 14991 14992 14994 21544 27748 32145 36610 48707 49717 50078 57663 70811 73764 80398 80949 81090 90474 91830 92647 95019 96834 97596 97597, Lit. V. Nr. 609 2572 4323 5113 12500 16865 16866 21307 23195 26123 37442 37443 werden hierdurch aufgefordert, sich damit unverzüglich und längstens bis zum Ablauf von 30 Tagen nach der auf jedem der Scheine bemerkten Verfallzeit bei unterzeichneter Anstalt zu melden, um ihr Recht daran zu beweisen oder dieselben gegen Belohnung zurückzugeben, widrigenfalls der Leihhaus-Ordnung gemäß den Anzeigern die Pfänder ausgeliefert und die Inhaber der Scheine ihrer etwaigen Ansprüche daraus verlustig gehen werden.

Leipzig, am 20. December 1886.

Die Verwaltung des Leihhauses und der Sparcasse.

Bekanntmachung.

Die Ausführung der an Privatgrundstücken anzulegenden Bei-, Fallrohr- und Nebenschleußen soll auf die Dauer der Jahre 1887 und 1888 an einen oder mehrere Unternehmer in Accord vergeben werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, II. Etage, Zimmer Nr. 14, aus und können von da entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Herstellung von Privatschleußen in den Jahren 1887 und 1888"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 30. December 1886 Nachmittags 5 Uhr einzureichen. Wir behalten uns die Befugniß vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, am 8. December 1886.

Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.

Th. 4521.

Nutz- und Brennholz-Auction.

Mittwoch, den 29. December c. sollen im Forstreviere Connewitz auf dem Kohlschlage Abth. 10

I. von Vormittags 9 Uhr an:

ca. 24 Rmtr. Eichen-Nutzscheite I. und II. Classe und
144 „ Eichen-
5 „ Weißbuchen-
5 „ Rüstern-
3 „ Ellern- und
3 „ Linden-
} Brennscheite,

II. von Vormittags 10 Uhr an:

70 harte Abraumhaufen,
35 „ Schlagreisighaufen (Langhaufen) und
10 Bund Dornen

unter den im Termine öffentlich aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage am Raschwitzer Fußwege und der Zwenkauer Chaussee.

Leipzig, den 15. December 1886.

Des Raths Forstdeputation.

Bekanntmachung.

Die zur öffentlichen Submission ausgeschriebene Lieferung von 384 Stück zweisitzigen Schulbänken ist **vergeben**, und es werden daher die unberücksichtigt gebliebenen Herren Bewerber hiermit ihrer Gebote entlassen.

Leipzig, den 20. December 1886.

II. B. 1096 / 1398 **Der Rath der Stadt Leipzig.** Dr. Georgi. Wilisch, Ass.

Bekanntmachung.

Das für den am 20. Februar 1869 zu Hrubisch in Sachsen-Meiningen geborenen Hausburschen **Johann Eduard Sauer** im August dieses Jahres zu Sonneberg in Thüringen ausgestellte Arbeitsbuch ist verloren gegangen und bitten wir, dasselbe im Auffindungsfalle anher, Ostmarkt 3, II. Etage, Zimmer 115 (Stadthaus) abzuliefern.

Leipzig, den 17. December 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.

VI. 5830. Dr. Georgi. Reichel.

Bekanntmachung.

Die Krankengelderauszahlung findet in dieser und nächster Woche jedes Mal Freitags und zwar von Vormittags 8—12 und Nachmittags 2—5 Uhr statt.

Leipzig, den 21. December 1886.

Der Verband der Ortskrankencassen zu Leipzig und Umgegend.
Albert Brockhaus, Vorsitzender.

Nichtamtlicher Theil.

England und Rußland.

Eine Annäherung Rußlands an Deutschland hat regelmäßig eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen Rußland und England zur Folge, aber das neueste Aufbrausen der englischen Regierung gegen Rußland in Gestalt eines Artikels der „Morning Post" kommt so überraschend, erscheint so unvermittelt, daß die nähere Erklärung desselben noch abgewartet bleibt. Die „Morning Post" nennt die Haltung der Türkei zweideutig und droht mit Maßregeln, welche der Türkei die Verderblichkeit ihrer Politik für ihre Interessen in Europa und Asien darlegen und die britischen Interessen ohne Rücksicht auf das Schicksal der Türkei schützen sollen. Und das Alles, weil der Sulten sich in neuester Zeit russischen Einflüsterungen zugänglich erwiesen und den russischen Rathschlägen Folge geleistet hat. Der Artikel der „Morning Post" ist deshalb nur scheinbar gegen die Türkei, sondern eigentlich gegen Rußland gerichtet.

Es fehlt Rußland nicht an Gelegenheit, um England für den Widerstand, welchen es den russischen Plänen in Bulgarien entgegensetzt, in Asien und Afrika Verlegenheiten zu bereiten. Man weiß, daß die afghanische Grenzregulirung noch immer nicht zum Abschluß gelangt ist, und kennt die Schwierigkeiten, mit welchen England in Egypten zu kämpfen hat. Die egyptische Frage ist offenbar diejenige, welche den Zorn der englischen Regierung gegen die Türkei zu heller Flamme anfachte, weil sich diese Macht durch russische Einflüsse hat bewegen lassen, England zur Räumung Egyptens aufzufordern. Eine solche Aufforderung ist für England doppelt unbequem in einem Augenblicke, da Frankreich alle Hebel in Bewegung setzt, um die in Egypten verlorene Stellung wieder zu erringen. England sieht jetzt alle seit vier Jahren aufgewendeten Bemühungen, in Egypten dauernd Fuß zu fassen und dieses wichtige Land seinem Machtgebiet einzuverleiben, durch den Einspruch der Türkei nahezu vereitelt, die Sendung Drummond Wolff's hat nicht den gehofften Erfolg gehabt, Mukhtar Pascha hat jeden Schritt des englischen Commissars gekreuzt, und was Lord Dufferin seiner Zeit vergeblich angestrebt hat, ist auch Drummond Wolff nicht durchzusetzen geglückt. England versuchte Egypten auf kaltem Wege anzugliedern und verlangte von der Türkei weiter nichts, als daß sie diese Umgestaltung widerspruchslos geschehen ließ. Das war eine vergebliche Hoffnung Englands, die Türkei sah ein, daß sie dabei ihre Rechnung nicht fand, und deshalb zog sie es vor, den russischen und französischen Vorstellungen nachzugeben.

Auch in Bulgarien stößt England auf den Widerstand der Türkei. Die Schritte, welche Gadban seit der Entfernung des General Kaulbars dort gethan hat, um die russische Sache zu führen, haben die Wirkung gehabt, daß die Lösung der Fürstenfrage auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben ist und daß Bulgarien nach wie vor der Spielball russischer Willkür ist. Die Candidatur des Fürsten von Mingrelien, von welcher die türkische Regierung wußte, daß sie niemals Aussicht auf Verwirklichung hatte, wurde von Gadban noch zu einer Zeit unterstützt, als die öffentliche Meinung Europas sie bereits als abgethan betrachtete. Auch das konnte der englischen Regierung nicht gleichgiltig sein, daß Gadban die bulgarische Regentschaft zum Rücktritte zu veranlassen suchte, um an ihrer Stelle russischen Werkzeugen den Weg zur Herrschaft zu bahnen. Das offenbare Vorwiegen des russischen Einflusses in der Türkei hat schließlich die englische Geduld erschöpft und den Stoßseufzer in der „Morning Post" hervorgerufen, durch welchen England seinem Aerger Luft gemacht hat.

Wenn also auch die Gründe dieser Kundgebung klar vor Augen liegen, so ist doch gänzlich unverständlich, was die „Morning Post" damit sagen will, daß England fortan seine Orientpolitik ohne Rücksicht auf die Türkei zur Geltung bringen werde. Was hat denn England seit Beendigung des Krimkrieges gethan, um den Fortbestand der Türkei zu gewährleisten? Der Einspruch gegen den Präliminarfrieden von San Stefano ging nicht von England allein aus, gegen diesen Gewaltact erklärte sich das ganze nichtrussische Europa, und außerdem ließ sich England die Wahrnehmung der türkischen Interessen beim Berliner Frieden mit der Insel Cypern bezahlen. Das geschah im Jahre 1878, und der nach London zurückkehrende Beaconsfield, welcher Cypern als Geschenk mitbrachte, wurde als Triumphator begrüßt. Später hat England die armenische Frage benutzt, um der Türkei fortdauernd Schwierigkeiten zu bereiten, und im Jahre 1882 schritt es mitten im Frieden zur Besetzung Egyptens, das es aller Vorstellungen Frankreichs und der Türkei ungeachtet bis zum heutigen Tage im Besitz hält. Das sind die Aeußerungen der traditionellen Politik Englands zur Erhaltung der Türkei seit 30 Jahren, und als einziges Zeichen dafür, daß diese Politik noch fortbesteht, kann nur die jüngste Blockade der griechischen Küsten angeführt werden, die aber England nicht der Türkei wegen, sondern als Gegner Rußlands ins Werk gesetzt hat, wenn auch äußerlich im Einverständniß mit dieser Macht und unter ihrer Billigung. Unter solchen Umständen ist die Ankündigung der „Morning Post" nur als leere Drohung aufzufassen, England ist gegenwärtig gar nicht in der Lage, die Interessen der Türkei zu schädigen. Die Lebensbedingungen der Türkei würden nur durch England in Frage gestellt werden können, wenn England sich mit Rußland gegen die Türkei vereinigte, um sie aus ihren europäischen Besitzungen zu verjagen; da aber die englischen Interessen die Erhaltung der Türkei in Europa gebieterisch fordern, so liegt ein solches Bündniß außerhalb der Grenzen der Möglichkeit.

Englands Militärmacht hat nicht einmal ausgereicht, um den Verlust Khartums zu verhindern und Dongola zu halten, und jetzt droht die „Morning Post" der Türkei, daß England seine Hand von ihr abziehen werde, während es Egypten gegen den Willen der Türkei besetzt hält. Das ist ein Widerspruch, den nur die große Verlegenheit Englands zu lösen vermag, seine von Rußland bedrohten Interessen in Asien zu schützen. Nicht die Türkei ist die gefährliche Gegnerin Englands, als welche sie die „Morning Post" darstellt, sondern Rußland, und weil England nicht ausreichende Mittel und Wege besitzt, um der Macht Rußlands die Spitze zu bieten, deshalb greift es nach dem türkischen Strohhalm. Wenn England alle Rücksichten gegen die Türkei bei Seite setzt, dann ist es freilich in der Lage, alle wichtigen Küstenplätze der europäischen Türkei seinem Einfluß zu unterwerfen, aber wenn es zu diesem Mittel greift, dann muß es sich auf einen Entscheidungskampf mit Rußland gefaßt machen, und ein solcher dürfte denn doch nicht seinen Wünschen entsprechen.

Englands auswärtige Politik beruht darauf, daß es seine Seemacht gegen die Landmacht der übrigen europäischen Großstaaten ausspielt. Mit seiner Flotte beherrscht England noch heute das Meer, aber zu Lande ist es nicht einmal den Sudanesen gewachsen, wie es in den letzten vier Jahren unumstößlich durch seine Niederlagen bewiesen hat. Die Gegnerschaft zwischen England und Rußland in Bulgarien und in Afghanistan bildet einen der Brennpuncte der gegenwärtigen Lage, und weil das der Fall ist, deshalb legt England so großen Werth darauf, mit der Türkei äußerlich in gutem Einvernehmen zu stehen. Als Landmacht kommt die Türkei noch immer in Betracht und deshalb muß England den Wunsch hegen, daß bei der weiteren Entwickelung des orientalischen Dramas Rußland einen Theil seiner Landmacht zum Kampfe gegen die Türkei bereit halten muß. Hat Rußland, wenn der Kampf um Indien beginnt, in Europa den Rücken frei, dann sind die Aussichten für England traurig, der Sieg Englands ist nur dann möglich oder wahrscheinlich, wenn Rußlands Streitkräfte getheilt sind. Ein mit dem übrigen Europa verfeindetes Rußland entspricht den englischen Interessen am meisten.

*

Leipzig, 22. December 1886.

* Ueber den finanziellen Effect der in der Thronrede für die gegenwärtige Reichstagssession angekündigten neuen Vorlage, betr. die Versorgung der Hinterbliebenen der Officiere, Aerzte und Beamte des Reichsheeres und der Marine, geben die Motive zu derselben Aufschluß. Danach wird der Jahresbetrag der auf Grund des Gesetzes im Beharrungszustande zu zahlenden Wittwen- und Waisengelder, entsprechend einer im preußischen Kriegsministerium aufgestellten Berechnung, ohne Berücksichtigung der an Bayern zu überweisenden entsprechenden Ausgabequote, auf 8,962,229 ℳ oder 11.751 Procent (gestern 7,572,247 ℳ oder 10.485 Procent in der ursprünglichen Vorlage) der beitragspflichtigen Diensteinkommen, Wartegelder und Pensionen geschätzt. Dieser Ausgabe des Reichs wird vorläufig eine Einnahme von 2,288,030 ℳ (früher von 2,166,610 ℳ), und wenn demnächst auch die im §. 4, Absatz 3 des Gesetzentwurfs bezeichneten Kategorien von Functionairen (die Officiere vom Hauptmann [Rittmeister, Capitain-Lieutenant] zweiter Classe einschließlich abwärts, und die Aerzte und Beamten, welche sämmtlich vor Ertheilung des Heirathsconsenses ein bestimmtes Privat-Einkommen oder Vacanzen nachzuweisen haben, im Falle der Nichtverheirathung) zur Beitragsleistung herangezogen werden, nach Maßgabe ihres gegenwärtigen Diensteinkommens eine weitere Einnahme von 675,131 ℳ (früher auf 646,333 ℳ berechnet), zusammen also eine Einnahme von 2,963,161 ℳ an Jahresbeiträgen der Functionaire gegenüberstehen, nach deren Gegenrechnung die künftige Leistung der Reichscasse sich auf jährlich 5,999,068 ℳ beziffert. Von dem auf 8,962,229 ℳ geschätzten künftigen Bedarf an Wittwen- und Waisengeld entfallen auf das Reichsheer 8,336,109 ℳ, auf die kaiserliche Marine 626,120 ℳ. Rechnet man hierzu die an Bayern unter Zugrundelegung der Summe von 8,336,109 ℳ nach Verhältniß der Kopfstärke des Heeres zu überweisende Quote von 1,110,391 ℳ, so ergiebt sich ein Gesammtbedarf an Wittwen- und Waisengeld von jährlich 10,072,620 ℳ, welchem die Beiträge der Functionaire als Einnahme gegenüberstehen.

* Die Petitionscommission des Reichstags beschäftigte sich jüngst mit einer Petition betr. die Einschränkung des Hausirhandels. Der Central-Vorstand der Obst-, Gemüse-, Milch-, Kohlen-, Korbwaaren- und Producten-Händler zu Berlin bat um Einschränkung des Hausgewerbes, des öffentlichen Ausschreiens, Ausklingelns auf der Straße ꝛc. Die Petenten beschwerten sich hauptsächlich über die Bolle'schen Milchwagen und deren Verkaufsmodus durch Ausklingeln, über den Verkauf von Obst auf den Kähnen des Schifffahrts-Canals und der Spree ꝛc. Die Commission erachtete das der Petition beigefügte Material als nicht hinreichend, um daraufhin eine Aenderung der Gewerbeordnung vorzunehmen und da ohnehin es Sache der Polizeibehörde ist, das Ausschreien, Ausklingeln ꝛc. von Verkaufsgegenständen zu gestatten oder zu verbieten, so beschloß die Commission, die Petition als zur Erörterung im Plenum ungeeignet zu erachten und die Petenten abschlägig zu bescheiden.

* In der letzten Sitzung des Reichstags äußerte sich Herr Eugen Richter, um das langsame Arbeiten der Militärcommission zu entschuldigen, dahin, der Herr Kriegsminister habe ⅔ der Zeit, welche die Commission für ihre Arbeiten hatte, für seine Darlegungen in Anspruch genommen. Herr Richter hat nur vergessen, hinzuzufügen, daß er selbst es war, welcher durch die unhaltbaren Behauptungen, die er aufstellte, wie durch die falschen Darlegungen, die er in Bezug auf die französische und russische Armee vorbrachte, den Herrn Kriegsminister gezwungen hatte, seinerseits sich in weitgehende Erörterungen einzulassen.

* Nach einer amtlichen Statistik bestanden am 1. December 1885 in Preußen überhaupt 6519 gewerbliche Innungen, von denen 813 neu errichtet, 2373 reorganisirt waren; außerdem hatten 165 neu errichtete und 1049 bereits bestehende Innungen ihre Statuten zur Genehmigung eingereicht. In den anderen deutschen Bundesstaaten betrug die Gesammtzahl der bestehenden Innungen am 1. Januar 1886 2665. Darunter befanden sich 486 neu errichtete Innungen und 518 ältere mit revidirten Statuten. Am wenigsten war zu dem bezeichneten Zeitpuncte die Innungsbildung entwickelt in Württemberg mit 14, Baden mit 15, Hessen mit 16, Bayern mit 142 bestätigten Innungen; die württembergischen Innungen sind sämmtlich neu errichtet, ebenso die Mehrzahl der Innungen in den anderen süddeutschen Staaten. In Baden wurden überhaupt nur 23, in Hessen 18, in Bayern 163 Innungen gezählt. Das Königreich Sachsen hatte dagegen total 1201 Innungen, wovon 155 neu errichtet und 330 reorganisirt sind. Mecklenburg-Schwerin zählt 547 Innungen, worunter 19 neu errichtete und 38 reorganisirte sich befinden; Braunschweig 120 Innungen, wovon 22 bestätigt sind; Weimar 52, worunter 20 bestätigte Innungen, Oldenburg 21, wovon 18 neu errichtet und im Ganzen 20 bestätigt sind. In den übrigen Staaten beträgt die Zahl der überhaupt vorhandenen Innungen, bezw. der bestätigten, die hier in Parenthese angeführt werden sollen: Meiningen 68 (16), Altenburg 63 (17), Koburg 75 (39), Anhalt 36 (22), Sondershausen 17 (4), Rudolstadt 37 (9), Waldeck 10 (4), Reuß ä. L. 27 (8), Reuß j. L. 11 (9), Lippe 8 (8); Schaumburg ist nicht angegeben. Eine verhältnißmäßig große Zahl von Innungen weisen die Hansestädte auf, nämlich Lübeck 25 (16), Bremen 27 (21), Hamburg 26 (25). Für das gesammte Reich stelle sich also die Zahl der Innungen nach der Aufnahme vom 1. December 1885, resp. 1. Januar 1886: vorhanden waren überhaupt 9184 Innungen, darunter 1299 neu errichtete und 2691 reorganisirte, also insgesammt 4190 mit bestätigten Statuten, während 4994 noch nicht reorganisirt waren.

* Hinsichtlich des Canals Dortmund-Emshäfen hat bekanntlich die preußische Regierung die Ausführung des Canals von dem Erwerb der Grundstücke in den betheiligten Kreisen abhängig gemacht. Indessen die Zeichnung für die nöthige Summe geht sehr langsam vorwärts. Bis jetzt sind in Westfalen höchstens 2 Millionen gezeichnet worden; man giebt sich auch kaum der Hoffnung hin, die anderen 2 Millionen aufzubringen, wenn nicht der Provinziallandtag eine Million bewilligen würde. Die ohnehin geringe Aussicht auf die Genehmigung des letzteren ist jetzt durch die kühle Aufnahme, welche ein Antrag auf Bewilligung eines Beitrages von 350,000 ℳ bei dem Provinziallandtag von Hannover soeben gefunden hat, noch gesunken.

* Man berichtet aus Mülhausen: „In letzter Zeit vergeht in Folge der neuerdings wieder üppig ins Kraut geschossenen chauvinistischen Hetzereien in Frankreich keine Woche, ohne daß nicht deutsche Arbeiter oder Kaufleute ꝛc., welche wegen der Unliebenswürdigkeiten unserer westlichen Nachbarn zur Rückkehr in die Heimath gezwungen wurden, hier ankommen. Von Arbeitern sind dies nicht einzelne, sondern oft ganze Gruppen. Die Deutschenhetzerei, die sich früher vorzugsweise auf Paris beschränkte, hat sich in den letzten Monaten auch auf die kleineren Provinzialstädte und bis zur östlichen Landesgrenze ausgedehnt. Eine einfache Mittheilung, daß dieser oder jener Privatmann einen deutschen Diener habe, dieses oder jenes Geschäftshaus deutsche Commis beschäftige, genügt schon, um die Betreffenden stellenlos zu machen. Der Druck der öffentlichen Meinung ist dabei so groß, daß der betreffende Privatmann oder Geschäftsinhaber gegen seine bessere Meinung und Ueberzeugung wahrhaft gezwungen wird, seine deutschen Arbeiter zu entlassen. Sobald die Betreffenden nun andere Stellen annehmen, dauert es gar nicht lange, bis derselbe Vorgang sich wiederholt. In der Regel werden die Genannten dieses fortwährenden Wechsels bald überdrüssig und ziehen dann vor, dem fremden Lande lieber den Rücken zu kehren. Daß hierbei selbst die Elsaß-Lothringer nicht verschont werden, ist für die Verhältnisse doch recht bezeichnend. Für die Bewohner des Reichslandes, die oft bei den unbedeutendsten Anlässen nach Frankreich auswandern, in der irrigen Annahme, überall mit offenen Armen aufgenommen zu werden, sollte dies ganz besonders lehrreich sein. Wenn nun aber diese Personen, die größtentheils durch verwandtschaftliche Beziehungen mit den Verhältnissen in Frankreich im Voraus bekannt sind, sich dorten nicht halten können, so läßt sich leicht denken, wie außerordentlich unangenehm es für solche Leute ist, welche aus Altdeutschland kommen und weder die Sprache noch die Lebensgewohnheiten des Landes kennen. Bevor nicht die Verhältnisse besser geworden sind, ist es rathsam, den Stellensuchenden zuzurufen: „Bleibe im Lande und nähre dich redlich!"

* * *

* In dem Landtag von Steiermark begründete Morre den Antrag betreffs der Altersversorgung der landwirthschaftlichen Arbeiter, betonend, es sei die ernste Pflicht der menschlichen Gesellschaft, den Mitmenschen, welche ihr ganzes Leben der Arbeit widmeten, ihre Kräfte im Dienste Aller verloren haben, für die letzten Lebenstage ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen, damit nicht alte abgerackerte Arbeiter von Haus zu Haus oder gar von Stall zu Stall wandern müssen, weil sie für das Krankenhaus zu gesund und für die Arbeit zu elend sind. Sein Antrag richte sich gegen das Einlegerwesen, welches der Menschenwürde und dem Humanitätsprincip widerspricht. Der Antrag Morre's wird einem besonderen Neuner-Ausschusse zugewiesen.

* In der Sonnabendsitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses kam es anläßlich einer Interpellation zu einer ziemlich erregten Scene, zumal in den Reihen der Regierungspartei die Befürchtung platzgriff, daß die Opposition sich in der Majorität befinde und man daher schon alle Vorkehrungen traf, um ernstere Zwischenfälle zu verhüten. Ein großer Theil der Regierungspartei hatte sich entfernt, noch ehe die Opposition ihre fünf angekündigten Interpellationen vom Stapel ließ; die Bänke der Linken waren dagegen stark besetzt. — Abg. Hodossy interpellirte nun den Minister-Präsidenten, warum er mehrere Stuhlrichter und Kreisnotare des Honter Comitats, gegen welche eine strafgerichtliche Untersuchung wegen Mißbrauches der Amtsgewalt während der letzten Wahlen durch zwei gerichtliche Instanzen bereits angeordnet wurde, nicht suspendirt habe. — Minister-Präsident Tißa erwiderte: Die Suspension dürfte in der gestern abgehaltenen Sitzung des Verwaltungsausschusses geschehen sein; wenn dies aber nicht der Fall sein sollte, so werde er unverzüglich die nöthigen Verfügungen treffen. Die Angelegenheit, um welche es sich handelt, beschäftigt die Opposition schon seit 2½ Jahren; es wurde darüber wiederholt interpellirt und wurden wenigstens zwei Dutzend Duelle deshalb schon ausgefochten. Die Antwort des Minister-Präsidenten erschien der Opposition nichts weniger als befriedigend, und Hodossy, der sonst zu den maßvollsten Mitgliedern des Hauses gehört, warf Herrn Tißa vor, daß er das Gesetz aus Parteirücksichten nicht vollstrecke, was wieder den Minister zu einer gereizten Antwort veranlaßte. Endlich sollte über die Zurkenntnißnahme der Antwort abgestimmt werden, und einige jüngere Mitglieder der Rechten, die besorgt auf die stark gelichteten Reihen ihrer Partei blickten, riefen einen Antrag auf namentliche Abstimmung oder Vertagung der Abstimmung circuliren, um Zeit zur „Entpeitschung" zu gewinnen. Der Minister-Präsident widersetzte sich jedoch der Einbringung dieser Anträge, und so wurde unter großer Aufregung, die auf beiden Seiten des Hauses herrschte, die Auszählung der Abstimmenden vorgenommen. Die Antwort des Minister-Präsidenten wurde mit 79 gegen 69 Stimmen zur Kenntniß genommen. Die Majorität betrug sonach nur 10 Stimmen. Dem Zwischenfalle wird übrigens keine politische Bedeutung zugeschrieben.

* Aus Philippopel wird gemeldet, daß die am 12. d. begonnene Recrutirung in Ost-Rumelien anstandslos fortschreitet. Um unter den obwaltenden Verhältnissen größere Ansammlungen hintanzuhalten, wurde von dem bisherigen Recrutirungs-Modus Abstand genommen und begeben sich die von den Präfecten ernannten Recrutirungs-Commissionen selbst in die einzelnen Gemeinden zur Durchführung ihrer Arbeiten. Rücksichtlich des Glaubensbekenntnisses enthalten die Listen nur drei Kategorien, nämlich Christen, Muhelmanen und Israeliten. Im Ganzen hat Ost-Rumelien 4000 Mann zu stellen, wovon auf das Philippopeler Departement allein 1167 Mann entfallen.

* Die verfassungsmäßige Wahl des Bundespräsidiums der Schweiz für 1887 und die Neuwahl des Bundesgerichts für die nächste 6jährige Amtsperiode und dessen Präsidenten und Vicepräsidenten für die Jahre 1887 und 1888 wurde von der Bundesversammlung dieses Mal in wenigen Wahlgängen abgemacht. Dem Gebrauche gemäß rückte der seitherige Bundesvicepräsident Droz (mit 141 von 146 Stimmen) sofort auf den Präsidentenstuhl vor, und für ihn auf den Vicepräsidentenstuhl Bundesrath Hertenstein (mit 80 von 147 Stimmen), ebenfalls in einem Wahlgange. Da Letzterer Chef des eidgenössischen Militärdepartements ist, legt man, bei den schwarzen Puncten, welche am politischen Horizont Europas drohen, dieser Wahl größere Bedeutung bei, als dies sonst der Fall sein würde. Thatsache ist, daß man auf dem eidgenössischen Militärdepartement gegenwärtig alle Kräfte anstrengt, damit die Schweiz allen Eventualitäten gewachsen sei. Sollten sich die gehegten Befürchtungen verwirklichen